

Klage gegen das Land?

Im PFC-Skandal prüfen die Stadtwerke Rastatt juristische Schritte

Rastatt (dpa). Im Zusammenhang mit dem Skandal um die Verseuchung von Äckern und Grundwasser mit dem Umweltgift PFC prüfen die Stadtwerke Rastatt eine Klage gegen das Land. Das Regierungspräsidium (RP) Karlsruhe als zuständige Behörde habe es abgelehnt, Maßnahmen zur Bekämpfung von PFC im Grundwasser in den sogenannten Bewirtschaftungsplan mit aufzunehmen, begründeten die Stadtwerke am Dienstag ihre Überlegungen. Der alle paar Jahre neu aufgestellte Plan dient dazu, einen guten ökologischen und chemischen Zustand in Gewässern zu erreichen. Das RP Karlsruhe war dazu zunächst nicht zu erreichen.

In Mittelbaden sind laut Stadtwerke Rastatt mittlerweile rund 1.200 Hektar Boden, 58 Quadratmeter Grundwasseroberfläche und 170 Millionen Kubikmeter Grundwasser mit PFC belastet. „Bedroht ist davon der größte Grundwasserleiter Europas, der Rhein“, hieß es in der Mitteilung weiter. Um die Trinkwasserversorgung sicherzustellen, müssten Wasserversorger das Gift auf unabsehbare Zeit aufwendig herausfiltern. Das koste Millionen. „Bis heute tragen diese in Rastatt die Stadtwerke und ihre Wasserkunden.“